

# Hilfe statt Ausgrenzung

## Konzept gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit

### Belit Onay, GRÜNER OB-Kandidat für Hannover

Mir ist es wichtig, Menschen in sozialen Notlagen nicht als Problem der öffentlichen Sicherheit oder des Stadtbildes zu betrachten. Das wird den individuellen Schicksalen und den schweren Notlagen nicht gerecht. Wer vor allem auf die Umgestaltung von Plätzen oder mehr Sicherheitsdienste setzt, wird das Problem nicht lösen, sondern höchstens auf andere Plätze verdrängen. Im Gegenteil erschwert eine solche Verdrängungsstrategie die notwendige Hilfe.

Deshalb ist mein Grundsatz: Hilfe statt Ausgrenzung. Wenn soziale Notlagen öffentlich sichtbar werden, müssen wir bei den Notlagen ansetzen und nicht das Sichtbarwerden problematisieren.

Mein Ziel ist, als Oberbürgermeister innerhalb eines Jahres eine Strategie zur Prävention und Hilfe bei Obdach- und Wohnungslosigkeit zu erarbeiten. Neben unterschiedlichen städtischen Fachbereichen und den freien Trägern will ich auch die Region Hannover, die Polizei und externe Fachleute einbeziehen.

Folgende sieben Punkte möchte ich selbst in den Prozess einbringen:

- 1) Feste Hilfspunkte in den Stadtbezirken einrichten, die bei Fragen rund um (drohende) Wohnungslosigkeit Sozialberatung anbieten.
- 2) Mehr sichere Orte für Frauen sowie für Kinder und Jugendliche schaffen.
- 3) Menschenwürdige Unterkünfte für Obdachlose ausbauen, um mehr Schutz und Privatsphäre zu bieten.
- 4) Mobile Hilfsangebote verstärken, ähnlich wie der Kältebus sind Busse für medizinische Versorgung und Waschmöglichkeiten flexibel vor Ort einsetzbar.
- 5) Den Arbeitsbereich Unterbringung dem Sozialdezernat zuordnen (ist bislang beim Baudezernat).
- 6) Mehr Straßensozialarbeiter einstellen.
- 7) Sozialraumkonferenz mit allen Beteiligten einrichten für bessere Koordination der Hilfsangebote.

### Zu den Punkten im Einzelnen:

#### **Baustein A: Wohnungslosigkeit verhindern**

##### **Allgemeine Sozialberatungen in den Stadtbezirken schaffen**

Grundstein jeder Präventionsstrategie sind niedrighschwellige und einfach zu findende Beratungsangebote. Ein Problem entsteht, wenn die Beratungs- und Unterstützungslandschaft so komplex wird, dass Ratsuchende den Weg zu den „richtigen“ Angeboten nicht mehr finden.

Deshalb möchte ich mit freien Trägern und öffentlichen Stellen zusammen in allen

Stadtbezirken allgemeine Sozialberatungen aufbauen. Sie sollen Erstanlaufstellen für Personen in sozialen Notlagen sein und Ansprechpersonen für Schulen und öffentliche Einrichtungen im Stadtteil. Sie haben eine Scharnierfunktion, sollen konkrete Notlagen im Einzelfall klären und dann den Weg zu den richtigen Hilfs- und Beratungsangeboten weisen. Das Ziel ist dabei nicht eine Ausweitung des Beratungsnetzwerkes, sondern eine sinnvolle und arbeitsteilige Strukturierung der Angebote. Dies ist unter den Bedingungen der durch die Dynamisierung der Zuwendungen erzielten Planungssicherheit für die Träger möglich geworden.

### **Präventionsstelle gegen Wohnungslosigkeit einrichten**

Gemäß dem Auftrag des Rates soll eine Präventionsstelle gegen Wohnungslosigkeit eingerichtet werden, um die Information zu Hilfsangeboten bei drohender Wohnungslosigkeit zu verbessern. In Kooperation von Stadt, Region und freien Trägern sollen neue Wege zur Abwendung von Wohnungslosigkeit gesucht werden.

### **Effektive Zusammenarbeit mit dem Jobcenter**

Drittens müssen bei drohender Wohnungslosigkeit individuelle Hilfen gewährt werden, um sie zu verhindern. Zuständig ist dafür in vielen Fällen zunächst einmal das Jobcenter der Region Hannover. Deshalb will ich die Koordination mit dem regionalen Jobcenter verbessern und hierzu Gespräche führen.

### **Frauen und Kinder in den Fokus nehmen**

Historisch gesehen sind die meisten bestehenden Angebote eher für alleinstehende Männer ausgerichtet, bzw. Männer haben sich diese Räume mehr oder weniger angeeignet. Die Erfahrung zeigt, dass sich wohnungslose Frauen eher an Institutionen wenden, die speziell für Frauen eingerichtet werden. Da derzeit im Verhältnis deutlich mehr Frauen von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen sind, muss hier aufgeholt werden. Ähnliches gilt für Kinder, Jugendliche und Familien.

Es bedarf deutlich mehr Frauenorte, um den aktuellen Entwicklungen zu begegnen, nach der sich vermehrt junge Frauen, Frauen mit Migrationsgeschichte, schwangere Frauen und Frauen mit Kindern wohnungslos wiederfinden. Ebenso müssen geeignete Angebote für Kinder und Jugendliche geschaffen werden, wo sie noch nicht ausreichend existieren. Auch hier will ich ein besonderes Augenmerk auf die Prävention von Wohnungsverlust legen.

## **Baustein B: Wege aus der Obdachlosigkeit aufzeigen**

### **Für mehr menschenwürdige Unterkünfte sorgen**

Ein erster notwendiger Schritt ist die Schaffung menschenwürdiger Unterkünfte für von Obdachlosigkeit Betroffene. Der Sache nach sollen städtische Unterkünfte einen ersten Schritt auf dem langen Weg aus der Obdachlosigkeit heraus darstellen. Der Rat der Stadt Hannover hat hierzu bereits einen Vorstoß unternommen, indem er die Standards der Unterkünfte angehoben hat (DS **0863/2019**). Damit sie dieser Rolle gerecht werden können, muss das Ziel sein, ausreichend Unterbringungsplätze für alle in der Stadt obdachlos lebenden Menschen vorzuhalten. Die Unterbringungen müssen in einem guten Zustand sein, vor allem hinsichtlich der Räume und sanitären Anlagen. Ein Mindestmaß am Privatsphäre

muss ebenso gewährleistet werden wie eine respektvolle Behandlung durch geschultes Wachpersonal.

Das Angebot städtischer Unterbringung sollte nicht wie bisher nur auf das Vorsprechen Betroffener hin wahrgenommen werden können. Dieser „Gang zum Amt“ stellt für viele Menschen eine hohe Hürde dar. Mein Ziel ist ein System, bei dem Obdachlose auf Vermittlung einer\*r Sozialarbeiter\*in hin direkt eine geeignete Unterbringung aufsuchen können. Grundsätzlich soll ein übergangsweise längerfristiger Aufenthalt in Unterbringungen möglich sein – perspektivisch verbunden mit weiteren Angeboten der Sozialarbeit und zur Tagesstrukturierung. Um die Abstimmung diesbezüglich zu verbessern, sollten wir eine organisatorische Einordnung der Unterbringung im Sozialdezernat prüfen (bisher ist sie dem Baudezernat zugeordnet).

Auch Housing-First-Angebote möchte ich unterstützen. Das Konzept sieht vor, Wohnungslosen zuerst zu einer Wohnung zu verhelfen, ohne das an Bedingungen zu knüpfen – und dann erst weitere Probleme wie Schulden, Sucht und Arbeitslosigkeit anzugehen.

### **Straßensozialarbeit stärken**

Derzeit arbeiten in Hannover drei städtische Straßensozialarbeiter\*innen mit schätzungsweise rund 400 obdachlosen Menschen (Informationsdrucksache Nr. 0310/2018, Stand Februar 2018). Hinzu kommen viele Sozialarbeiter\*innen in Projekten freier Träger, die ebenfalls aufsuchend arbeiten. Wir müssen prüfen, ob bei diesem Schlüssel eine wirksame Ansprache und Einzelfallbegleitung gewährleistet ist. Gegebenenfalls will ich durch Umschichtung aus anderen Bereichen weitere Stellen schaffen.

Als Anlaufpunkte brauchen wir niedrigschwellige Angebote wie mobile Angebote zur medizinischen Versorgung oder auch Busse mit Waschgelegenheit, wie die Duschbusse, die in Hamburg im Einsatz sind. Sie verbessern unmittelbar die Situation der Menschen und bieten der Sozialarbeit eine flexible Möglichkeit zur Ansprache.

Außerdem sollten wir den Sozialarbeiter\*innen Instrumente an die Hand geben, mit denen Sie den Menschen tatsächliche Perspektiven aufzeigen können. Das bedeutet: Wir müssen Prozessketten und individuelle Hilfsangebote entwickeln, die in mehreren Schritten Wege aus der Obdachlosigkeit bieten können. Dies setzt voraus, dass wir die Spielräume des Sozialrechts im Sinne der Betroffenen nutzen und eine gute Zusammenarbeit von Sozialarbeit, Sozialamt und freien Trägern ermöglichen.

### **Sozialraumkonferenzen für Brennpunkte**

Für Sozialräume, in denen Problemlagen besonders sichtbar werden, möchte ich mit Sozialraumkonferenzen die Hilfsangebote besser koordinieren. Sozialraumkonferenzen sind bewährte Instrumente der Sozialplanung, bei denen die unterschiedlichen öffentlichen und privaten Akteure eines Sozialraums an einen Tisch geholt werden, um Wissen auszutauschen, Instrumente abzustimmen und Versorgungslücken festzustellen. Hierbei geht es darum, Hilfsangebote effektiver zu machen und wo nötig auszuweiten. Aber das Ziel ist auch, beispielsweise die Polizei ins Boot zu holen, wo Kriminalität, vor allem Drogenhandel, die Situation verschärft.

### **Spielräume des Sozialrechts nutzen**

Sozialarbeit und öffentliche Angebote geraten dort an eine Grenze, wohl individuelle Hilfen erforderlich sind, um zum Beispiel eine Wohnung zu finanzieren. Ein wesentlicher Teil der

oben beschriebenen Prozessketten sind deshalb individuelle Leistungen, die oft durch das Sozialamt gewährt werden müssten.

Viele solche Leistungen wurden in der Vergangenheit abgelehnt oder gar nicht erst in Anspruch genommen. Das möchte ich ändern. Die grundsätzlich weiten Ermessensspielräume bei extremen Notlagen hat das Bundessozialgericht im August 2018 ausdrücklich bestätigt (Urt. v. 09.08.2018, Az. B 14 AS 32/17 R). Ich möchte Wege finden, um vorhandene Spielräume möglichst weit im Sinne der betroffenen auszuschöpfen und beispielsweise „Hilfen zur Überwindung besonderer sozialen Schwierigkeiten“ (§67 SGB XII) flexibel einsetzen. Hierzu soll die fallbezogene Kooperation zwischen Sozialamt und externen Beratungsstellen ermöglicht werden.